

Korinna Schumann
Bundesministerin

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.443.877

Wien, 27.6.2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 2071/J des Abgeordneten Sebastian Schwaighofer betreffend Umgang mit abweichenden Meinungen von Corona-Berater der Bundesregierung** wie folgt:

Frage 1: *Welche Expertinnen und Experten waren im Zeitraum 2020 bis 2022 im Rahmen offizieller Gremien (z.B. Gecko-Kommission, Krisenstäbe, Ministerien) beratend tätig?*

Neben der Entsendung von Mitarbeiter:innen meines Ressorts wurden zu diversen Gremien auch Expertinnen und Experten hinzugezogen. Bei der Hinzuziehung von Expertinnen und Experten wurde stets darauf geachtet, möglichst viele Fachgebiete abzudecken. So wurden insbesondere Fachleute aus den Gebieten der Virologie, Epidemiologie, Internen Medizin und Infektiologie, Physik, Komplexitätsforschung, öffentlichen Gesundheit und Sozialwissenschaften hinzugezogen. Überdies wurde von dem jeweiligen für das Gesundheitswesen zuständigen Bundesminister im Verlauf der Pandemie stets die Expertise renommierter Juristinnen und Juristen mit langjähriger Erfahrung insbesondere in den Bereichen des Verfassungs- und Verwaltungsrechts sowie im Speziellen des Medizinrechts eingeholt.

Frage 2: *Gab es Fälle, in denen diese Personen aufgrund öffentlich abweichender Meinungen zur Impfpflicht, zu Masken oder zu Schulmaßnahmen aus Gremien entfernt oder nicht weiter berücksichtigt wurden?*

- a. *Falls ja, welche Personen waren betroffen und was waren die Gründe für ihren Ausschluss?*

Meinem Ressort sind keine derartigen Fälle bekannt.

Frage 3: *Gab es institutionelle Vorgaben, Richtlinien oder implizite Erwartungen darüber, wie sich beratende Expertinnen und Experten öffentlich zu äußern hatten?*

Meinem Ressort ist nichts Derartiges bekannt.

Frage 4: *Wurden Fälle dokumentiert, in denen sich Expertinnen oder Experten unter Druck gesetzt fühlten, ihre fachliche Einschätzung an die offizielle Regierungslinie anzupassen?*

Meinem Ressort sind keine derartigen Fälle bekannt.

Frage 5: *Gab es interne Beschwerden oder Diskussionen über den Umgang mit Meinungspluralismus innerhalb der beratenden Gremien?*

Meinem Ressort sind keine derartigen Fälle bekannt.

Frage 6: *Wie wurde gewährleistet, dass innerhalb der Gremien ein wissenschaftlich vielfältiger Diskurs möglich war - insbesondere bei umstrittenen Maßnahmen?*

In diesen Gremien gab es selbstverständlich freie Meinungsäußerung.

Frage 7: *Gab es Expertinnen oder Experten, die aus Protest oder aufgrund mangelnder Meinungsfreiheit ihre Mitarbeit in offiziellen Beratungsgremien niedergelegt haben?*

- a. *Falls ja, wurden diese Rücktritte öffentlich thematisiert oder intern aufgearbeitet?*

Meinem Ressort sind keine derartigen Fälle bekannt.

Frage 8: *Wie stellt Ihr Ministerium bzw. die Regierung sicher, dass zukünftige wissenschaftliche Beratung bei gesundheitspolitischen Krisenereignissen unabhängig, pluralistisch und demokratisch legitimiert erfolgt?*

Wie auch schon bisher erfolgt, wird bei der Hinzuziehung von Expertinnen und Experten zur wissenschaftlichen Beratung bei künftigen gesundheitspolitischen Krisenereignissen darauf geachtet werden, alle einschlägigen Fachgebiete abzudecken.

Mit freundlichen Grüßen

Korinna Schumann

